



BÜRGERBRIEF

AUSGABE April 2023

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitbürger,

der Name ist Programm und soll uns Verpflichtung sein: Mit unserem BÜRGERBRIEF wollen wir Sie fortan über die Arbeit der FRAKTION FREIE WÄHLER in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt informieren.

Wir wollen Ihnen zeigen, mit welchen Themen wir uns beschäftigen, wie und warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden.

Wir wollen Sie aber auch herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen und das Für und Wider interessierender Entscheidungsprozesse zu diskutieren und gemeinsam unsere Sichtweisen auszutauschen.

Dabei wollen wir gut zuhören und genau hinsehen. Denn auch in der Kommunalpolitik kommt es auf den Blickwinkel an, um Abläufe und Inhalte zu verstehen.

Denn nur gemeinsam gestalten wir das Leben in unserer Stadt.

Für Ihre Hinweise und Anregungen sind wir dankbar. Nehmen Sie uns bitte beim Wort.

Freundliche Grüße
Dirk Stieger

Themen dieser Ausgabe

Norbert Langerwisch
[Veränderungen im Verfahren zur Schulbegleitung](#)

Dirk Stieger
[Wir wollen kulturelle Vielfalt mit den Altstädtern erhalten](#)

Niklas Stieger
[Tierheim Brandenburg: Anpassung der Beträge ohne neue Ausschreibung möglich?](#)



Norbert Langerwisch: Veränderungen im Verfahren zur Schulbegleitung

Künftig werden alle neuen Anträge auf Schulbegleitung beim Land Brandenburg beantragt, um eine Kostenerstattung durch das Land durch den Jugendhilfelausgleich zu ermöglichen. Grundsätzlich kann eine solche Verfahrensweise für den städtischen Haushalt günstiger sein.

Es ist aber zu erwarten, dass nicht wenige Kinder dabei hinten runterfallen und der Ausgleich durch das Land Brandenburg nicht erfolgen wird.

Unter Beachtung der Haushaltslage haben wir als Freie Wähler Brandenburg an der Havel dem Antrag der Linken voll umfänglich zugestimmt.

Die in einer Anfrage des Stadtverordneten Ralf Kromholz erfolgten Vorwürfe, dass seit Jahren auf Grund der bisher praktizierten Verfahrensweise viel Geld der Stadt versenkt worden ist lehnen wir ab.

Wenn jetzt auf Grundlage der veränderten Verfahrensweise eine große Gruppe Kinder/ Jugendlicher durch die Schulbegleitung nicht mehr unterstützt werden, dürfen wir erwarten, dass die Betroffenen von Mitgliedern der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auch entsprechend informiert werden.

Billige Effekthascherei durch polemische Angriffe auf den Oberbürgermeister sind nicht unser Stil.



Dirk Stieger: Wir wollen kulturelle Vielfalt mit den Altstädtern erhalten

Das dem alten Bismarck zugeschriebene Zitat

„Gesetze sind wie Würste, man sollte besser nicht dabei sein, wenn sie gemacht werden“

wurde in der jüngsten SVV geradezu erlebbar. Dabei wusste der „Eiserne“ um die Feinheiten und Winkelzüge, die den politischen Alltag bestimmen.

Auch auf der kommunalpolitischen Bühne konnte man daran erinnert werden, als es in der SVV um einen Antrag von fünf Stadtverordneten ging. Die Antragsteller wollten den Oberbürgermeister per SVV-Beschluss verpflichten, mit dem privaten Eigentümer des Grundstückes Bäckerstraße 14 einen Mietvertrag mit grundsätzlich 5-jähriger Laufzeit für das Bürgerhaus Altstadt abzuschließen. Ziel war, die sozio-kulturelle Nutzung zu erhalten.

Wie die teils wirre und scheinbar unendliche Debatte zeigte, war der Weg über diesen Antrag wenig hilfreich. Wie zu erwarten hatten sich sogleich Scharen von ungefragten Beratern und wohl nur auf die eigene Profilierung spekulierende Kommentatoren gemeldet. Dabei hatte niemand Zweifel an der kulturellen Bereicherung durch die Altstädter und an der gebotenen kulturellen Vielfalt.

Für uns war von Anfang an klar, dass unsere Wertschätzung für das Wirken der Altstädter nicht zwingend mit der Immobilie des bisherigen Bürgerhauses verbunden sein muss, zumal unterschiedliche Signale vorlagen, ob seitens des Eigentümers überhaupt die Bereitschaft dazu bestand, die Nutzung durch die Altstädter auch künftig zu wollen.

Und für uns legt schon der gesunde Menschenverstand nahe, zunächst eigene Grundstücke und Gebäude der Stadt zu nutzen, bevor eine Anmietung mit erheblichen neuen Ausgaben für die Stadt erfolgt.

Für uns war klar, zunächst sollten die Nutzungsmöglichkeiten etwa im Gotischen Haus oder auch im „Fontane-Club“ oder sonstige Möglichkeiten geklärt werden.

In der Debatte wurden auch schnell unterschiedliche Interessenlagen deutlich. Während sich Kathrin Arndt von dem Verein „Die Altstädter“ in der Einwohnerfragestunde zwar klar für die weitere Nutzung des bisherigen Bürgerhauses aussprach, blieb sie dennoch offen für mögliche Alternativen. Eine gute Voraussetzung für weitere Gespräche und Lösungsversuche. Dagegen waren andere Ansätze, die sich gerade in das bisherige Bürgerhaus „festbeißen“ wollten, wenig lösungsorientiert, gerade weil eben die Stadt nicht Eigentümerin des Bürgerhauses ist.



Nun ging es in mehreren Auszeiten während der Sitzung der SVV darum, bestenfalls eine gemeinsam tragbare Position herauszuarbeiten. Dass, was dabei Außenstehende (und auch offenbar einige Stadtverordnete) an Chaos erinnerte, war letztlich der erlebte Prozess, der Innbegriff von Politik ist und sein sollte - das Finden eines guten Kompromisses. Dazu gehören Einzel- und Gruppengespräche, Zuhören können und das Erreichte nicht gleich wieder in Frage zu stellen. Letztlich ging es - wie so oft - um einzelne Worte und ihre Bedeutung, um den Rahmen ihrer Auslegung, um ein möglichst allseits akzeptiertes Ergebnis.

Und die Verhandler kamen voran. Es entstand ein gutes Miteinander, ein echtes Ringen um eine Lösung. Diese Lösung konnte in einem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Freien Wählern - nachdem die Grünen den gemeinsam verhandelten Kompromiss wegen kleiner Wortunterschiede nicht mehr mittragen wollten - gefunden werden.

Danach sollte der Oberbürgermeister beauftragt werden, mit allen Beteiligten über die Zukunft eines Bürgerhauses in der Altstadt zeitnah in Verhandlungen zu treten.

In der allgemeinen Erleichterung nach diesem durchaus anstrengenden Prozess nahm der SVV-Vorsitzende das Ruder wieder in die Hand und unterbreitete den Verfahrensvorschlag, die drei Anträge nacheinander abzustimmen, den Hauptantrag der fünf Antragsteller, den CDU/Freie Wähler-Änderungsantrag und noch einen Änderungsantrag der FDP. Der SVV-Vorsitzende fragte nach, ob es Einwände gegen diese Verfahrensregelung gäbe. Es gab sie nicht.

Also wurde die Abstimmung begonnen. Der Antrag der fünf Antragsteller bekam keine Mehrheit. Dann - jetzt sollte die Abstimmung des Kompromiss-Antrages von CDU und Freien Wählern folgen - meldete sich ein Stadtverordneter der Linken und verwies auf den gerade abgelehnten Antrag und dass dann über die Änderungsanträge nicht mehr abzustimmen sei. Das personifizierte Rechtsamt eilte zum Präsidiumstisch und der SVV-Chef verkündete letztlich, der Hauptantrag sei abgelehnt, die Abstimmung sei damit beendet und er schloss den Tagesordnungspunkt.

Und nun? Grundsätzlich ist nach der eigenen Geschäftsordnung richtig, dass zuerst Änderungsanträge abgestimmt werden und dann der Hauptantrag. Allerdings hatte der SVV-Vorsitzende der Sitzung einen Verfahrensvorschlag zur Abstimmung der Anträge gemacht, dem auf Nachfrage nicht widersprochen wurde. Man kann wohl vertreten, dass damit eine konkrete Verfahrensregelung in Änderung der Geschäftsordnung von der SVV getroffen wurde, auch wenn dazu eine ausdrückliche Abstimmung fehlte. Geschäftsordnungsrecht ist aber ausschließlich Binnenrecht der SVV, also eigene Spielregeln, die geändert werden können. Hätten die Änderungsanträge also abgestimmt werden müssen?

Wir lassen das ausdrücklich offen, weil wir dem Anliegen der Altstädter und einer aus unserer Sicht weiterhin möglichen Einigung nicht schaden wollen. Wir wollen keine Spiegelfechtereier um Verfahrensfragen, keine Schuldzuweisung, sondern den Erhalt der kulturellen Landschaft in der Altstadt fördern.

Dazu werden wir in der SVV auch künftig Mehrheiten brauchen. Insbesondere, wenn wir den „übergangenen“ Antrag erneut einbringen und im Mai zur Abstimmung stellen.



Niklas Stieger: Tierheim Brandenburg: Anpassung der Beträge ohne neue Ausschreibung möglich?

Wie Sie sich erinnern werden, hat der Tiererschutzverein Brandenburg als Betreiber des Tierheims in Brandenburg an der Havel im März öffentlich um Hilfe gebeten. Neben zahlreichen „kleineren“ Nebenschauplätzen geht es dabei vor allem um die Anpassung der Erstattungsbeträge pro Tag und Tier.

Nochmal zur Erinnerung: Zurzeit zahlt die Stadt Brandenburg einen Tagessatz von 0,25 Euro pro Kleintier, 2 Euro pro Katze und 4 Euro pro Hund. Diese Beträge wurden seit Beginn der Vertragslaufzeit im Jahr 2004 nicht mehr angepasst, so dass es auf der Hand liegen dürfte, dass diese Beträge für das Tierheim wohl kaum noch auskömmlich sein dürften.

Als Freie Wähler haben wir frühzeitig das Tierheim unterstützt. So habe ich bereits in der SVV-Sitzung im März eine umfangreiche Anfrage an den Oberbürgermeister gestellt. Da sich aus der Beantwortung der Anfrage noch weitere Nachfragen ergeben haben, habe ich auch zur SVV-Sitzung im April eine weitere Anfrage gestellt. Insbesondere wollte ich wissen, ob die Erstattungsbeträge, welche das Tierheim von der Stadt erhält, innerhalb des bestehenden Vertrags angepasst werden können.

Dies ist nicht ganz unproblematisch, da der Vertrag mit dem Tierheim das Ergebnis einer Ausschreibung gewesen ist. Würden nun nachträglich die Rahmenbedingungen des geschlossenen Vertrages grundlegend geändert, könnte dies zu Ansprüchen der damaligen Mitbewerber führen.

In Ausnahmefällen sieht das Vergaberecht aber auch die Möglichkeit der Preisanpassung ohne Pflicht zur neuen Ausschreibung vor. Insbesondere ist dies möglich, wenn die Preise aufgrund von unvorhersehbaren Ereignissen angepasst werden müssen. Aus unserer Sicht liegt ein derartiger Fall vor, da das Tierheim vor allem von steigenden Kosten aufgrund der Corona Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und der damit einhergehenden Inflation belastet wird. All diese Umstände konnten bei der Vertragsunterzeichnung im Jahr 2004 nicht vorhergesehen werden, weshalb wir davon ausgehen, dass der Vertrag ohne eine neue Ausschreibung angepasst werden kann.

Ob das die Verwaltung auch so sieht, wird sie vermutlich im Mai mitteilen. Derartige Möglichkeiten werden gerade geprüft.